

14.04.2025

Demokratischer Bürgerentscheid – alles nur Schein?

Der Feststellungsbeschlusses zur Änderung des Flächennutzungsplans von „Vorrang- und Vorbehaltsgebiet LANDWIRTSCHAFT“ zu „INDUSTRIEGEBIET“ ... bleibt!

Nach Stopp des Verfahrens - Neuigkeiten zum viel kritisierten Industrievorsorgegebiet Wiedemar (IVG):

Nachdem die Bürgerinitiative (BI) sich in der Gewissheit wiegen konnte, mit ihrer Meinung zum IVG jahrelang auf der Seite der Mehrheit gewesen zu sein, sorgen die Bürgervertreter für Furore.

Im Anschluss an den Bürgerentscheid und des Stopps des Mega-Projektes im Herbst letzten Jahres, habe die BI den Gemeinderat noch auf Formalitäten hingewiesen. Allen voran forderte die BI die damals versprochene, und anhand des eindeutigen Ergebnisses nötige, Rückabwicklung des gesamten Parallelverfahrens zum IVG. Insbesondere die Aufhebung des Feststellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplans (FNP), welcher am 13. Juni 2024 gefasst wurde. Die Aufhebung stand im Frühjahr diesen Jahres auf der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 13. Februar 2025.

In der Begründungsschrift der Gemeinde zur Beschlussvorlage stand:

*„Nach Durchführung eines Bürgerentscheids am 01.09.2024 über die Fortführung des Bebauungsplanverfahrens [...] sind die Ratsmitglieder dem Ergebnis gefolgt und haben in der Ratssitzung vom 14.11.2024 gegen eine Fortführung des Bauleitplanverfahrens gestimmt. **In diesem Zusammenhang ist der Beschluss zur Änderung des Flächennutzungsplans aufzuheben.**“*

! Mit 8 zu 5 Stimmen wurde diese Beschlussvorlage jedoch abgelehnt! Die Änderung zum „Industriegebiet“ bleibe somit; dies mit dem Ziel dort zukünftig ein Industriegebiet zu entwickeln. Diese Entscheidung habe viele Buh-Rufe und starken Unmut unter den anwesenden Bürgern hervorgerufen. In dieser Ratssitzung sei der Bürgermeister Steve Ganzer nicht anwesend gewesen. Einen Monat später habe er jedoch öffentlich bestätigt, dass er ebenfalls gegen die Aufhebung gestimmt hätte und somit an der Änderung des Flächennutzungsplans festhalten möchte.

Sabine Kohl, Mitglied der Bürgerinitiative, empört sich:

„Diese Räte sollten sich schämen! Erst drücken sie den Beschluss gerade einmal 10 Wochen vor dem Bürgerentscheid noch schnell durch, obwohl sie hätten warten können. Und dann sowas! Ich habe noch die Worte von Bürgermeister Ganzer im Ohr, als er vor laufender Kamera am 02. September 2022 sagte, er würde „auf seine Bürger hören“. Von wegen! Obwohl fast 66% aller Wählenden demokratisch entschieden haben, hält die Mehrheit im Rat an der Änderung zum „Industriegebiet“ fest. Da kann man sich ruhig trauen zu sagen: Das ist keine Demokratie! Das ist Verrat an den Bürgern!“

Birgit Müller, ebenfalls Mitglied in der BI, erinnert:

„Im Planungsentwurf von ICL, über welchen in der bestehenden Fassung damals abgestimmt wurde, steht unmissverständlich unter dem Punkt 3.1 „Planungsanlass und Erfordernis“ Folgendes:

*„Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan und die im Parallelverfahren durchzuführende und vorliegende Änderung des Flächennutzungsplanes wurde vom Gemeinderat am 10.03.2022 gefasst. **Der Planungsanlass für die Änderung des Flächennutzungsplanes steht demnach unmittelbar mit der Aufstellung des Bebauungsplanes in Verbindung.**“*

Da steht es schwarz auf weiß. Und nun möchte man uns weismachen, dass das ein separates Verfahren sei, welches nichts mit dem IVG zu tun habe. Unverschämtheit!“

Luisa Gruber, Sprecherin der Initiative, äußert:

*„Das einzig richtige Signal an die Bürger wäre gewesen, das gesamte Verfahren zu stoppen und damit den Willen der Bürger zu achten. Besonders aus dem Gesichtspunkt heraus, dass ein Flächennutzungsplan jederzeit in der Zukunft noch hätte geändert werden können. Es gab keine Veranlassung die Änderung so kurz vor dem Bürgerentscheid unbedingt umzusetzen zu müssen. Das ärgert uns am meisten. Und, dass man taub ist für die Meinung der Bürger. In einer Bürgerbefragung vom April 2023, bei welcher 2.165 Menschen teilnahmen, war bereits die Ablehnung des IVGs bei 59%. Beim Bürgerentscheid am 01. September 2024 nahmen sogar 3.284 teil und diesmal sprachen sich **rund 65,3% GEGEN das IVG** aus. Wer das noch immer nicht verstanden hat, hat für meine Begriffe nichts, aber auch gar nichts im Gemeinderat zu suchen und vertritt auch nicht die Bürger! Selbiges gilt für Bürgermeister Ganzer.“*

Die Bürgerinitiative habe am Freitag den 11. April 2025 ihre vorerst letzte Veranstaltung abgehalten – in Form eines großen Bürger-Gesprächsnachmittags bei Kaffee und Kuchen. Es seien knapp 65 Menschen nach und nach vorbeigekommen um sich über die aktuelle Situation zu informieren. Vorab haben die Informationsflyer der BI auch alle Haushalte der Gemeinde erreicht. Die Empörung unter den Bürgern sei enorm gewesen.

Luisa Gruber ergänzt:

„Bürgermeister Ganzer und die Räte, die am Industriegebiet festhalten wollen, haben uns eigentlich einen Gefallen getan. Diejenigen unter den Bürgern, die zu den 65,3% gehören, sind massiv enttäuscht und fühlen sich betrogen.

Und diejenigen, welche zu den rund 34,7% gehören, also das IVG eher befürworten, zweifeln (hoffentlich) nun an der Demokratie. Wir glauben fest daran, dass auch Menschen, die sich durch das IVG einen großen Fisch a la „INTEL“ erhofft haben, kritisch denken können, wenn der Wille der Mehrheit nicht geachtet wird. Und wir hoffen auch, dass die Befürworter Augen und Ohren offenhalten und ihnen beispielsweise die „INTEL-Misere“ ebenfalls zu denken gibt. Alles andere wäre sehr realitätsfern!“

2

Vor dem Dorfgemeinschaftshaus im OT Zaasch (Gemeinde Wiedemar) haben sich die BI-Mitglieder nach der Veranstaltung in den Armen gelegen und seien mit gemischten Gefühlen in eine ruhigere Phase gegangen ... die Ruhe vor dem Sturm?

Franca Hoser, Mitglied in der Bürgerinitiative, schließt mit den Worten:

„Wir waren ja notgedrungen in Zaasch, da der Bürgermeister uns die Nutzung des großen Saals im Verwaltungsgebäude untersagt hatte. Unfassbar. Aber wir lassen uns durch solche Allüren nicht bremsen. Wir waren immer ein Dorn im Auge des Bürgermeisters und werden es auch weiterhin sein. Doch seit September haben wir Gewissheit, wie viele Menschen für das Landleben sind, hinter ihrer Heimat stehen und uns im Hintergrund unterstützen. Das befeuert uns im Durchhalten. Für die kommenden Jahre sind wir gewappnet und eines kann ich versprechen: wir sind alles andere als unvorbereitet auf die Dinge, die da kommen mögen.“

Termine und sonstige Informationen finden Sie auf der Webseite der Initiative: www.keinindustrieggebiet.de. Des Weiteren kann man der Initiative auch eine E-Mail schreiben: kontakt@keinindustrieggebiet.de. Telefonisch (Anruf/SMS/WhatsApp) erreichbar ist die Bürgerinitiative unter 0157-33312014.

S.2/2